

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Henning Homann
SPD Fraktion

Thema: Umgang mit Daten der Funkzellenauswertung am
19. Februar 2011 in Dresden

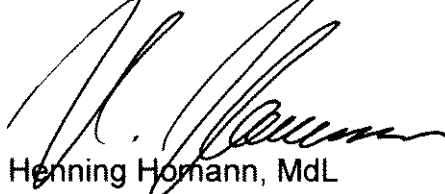
Medienberichten zufolge hat die Sächsische Polizei beim Demonstrationsgeschehen am 19. Februar 2011 in Dresden eine sogenannte Funkzellenauswertung (FZA) durchgeführt. Dabei wurden die Handyverbindungsdaten von zehntausenden Anwohnern, Demonstranten und Passanten aufgezeichnet und gespeichert.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie viele Verbindungsdaten (Standorte, Telefonate und SMS) wurden bei der FZA erfasst?
2. Welche Stellen waren mit der Erfassung und Auswertung der Verbindungsdaten befasst?
3. Wie wurden die erfassten Daten behandelt und weiterverwendet?
4. Bei wie vielen Ermittlungsverfahren wurden erfasste Verbindungsdaten in Bezug auf welche Delikte herangezogen und in wie vielen Fällen wurden Bestandsdaten abgefragt?
5. Wie lange wurden jeweils welche Verbindungsdaten gespeichert und welches Prozedere ist für die Löschung vorgesehen?

Dresden, 20. Juni 2011



Henning Homann, MdL

Eingegangen am: 20. JUNI 2011

Ausgegeben am: 20. JULI 2011

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Ihr Zeichen

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
33-0141.50/6372

Dresden, 19. Juli 2011

Kleine Anfrage des Abgeordneten Henning Homann, SPD-Fraktion
Drs.-Nr.: 5/6146
Thema: Umgang mit Daten der Funkzellenauswertung am 19. Februar 2011 in Dresden

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Medienberichten zufolge hat die Sächsische Polizei beim Demonstrationsgeschehen am 19. Februar 2011 in Dresden eine sogenannte Funkzellenauswertung (FZA) durchgeführt. Dabei wurden die Handyverbindungsdaten von zehntausenden Anwohnern, Demonstranten und Passanten aufgezeichnet und gespeichert.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Es wird davon ausgegangen, dass der Fragesteller mit „Handyverbindungsdaten“ Verkehrsdaten meint.

Frage 1:
Wie viele Verbindungsdaten (Standorte, Telefonate und SMS) wurden bei der FZA erfasst?

Frage 2:
Welche Stellen waren mit der Erfassung und Auswertung der Verbindungsdaten befasst?

Frage 3:
Wie wurden die erfassten Daten behandelt und weiterverwendet?



Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 4 melden.

*Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente.

Frage 4:

Bei wie vielen Ermittlungsverfahren wurden erfasste Verbindungsdaten in Bezug auf welche Delikte herangezogen und in wie vielen Fällen wurden Bestandsdaten abgefragt?

Frage 5:

Wie lange wurden jeweils welche Verbindungsdaten gespeichert und welches Prozedere ist für die Löschung vorgesehen?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1 bis 5:

Auf Grundlage eines richterlichen Beschlusses vom 22. Februar (bzw. 23. Februar in leicht korrigierter Fassung) wurden durch die Polizeidirektion Dresden 138.260 Verkehrsdatensätze gemäß § 96 Telekommunikationsgesetz (TKG) erhoben. Im weiteren Verlauf wurden auch Bestandsdaten gemäß § 112 TKG erhoben.

Die Verkehrsdatensätze enthalten Zeit und Dauer von Verbindungen zwischen zwei Telekommunikationsendgeräten, von denen mindestens ein Kommunikationsteilnehmer in der entsprechenden Funkzelle des Diensteanbieters mit seinem Mobiltelefon oder einem ähnlichem Gerät angemeldet war. Den 138.260 übermittelten Verkehrsdatensätzen liegen 65.645 verschiedene Rufnummern zu Grunde. Aus diesen Rufnummern wurden anhand von Kriterien wie Häufung von Telefonaten und Aufenthalt an Orten, an denen die Straftatbestände des schweren Landfriedensbruchs verübt wurden, 460 Rufnummern herausgefiltert, von denen anschließend die Anschlussinhaber ermittelt wurden. Bei diesen handelt es sich um 406 verschiedene Personen und Institutionen, darunter insgesamt 379 Einzelpersonen (Stand: 11. Juli 2011).

Die erhobenen Verkehrs- und Bestandsdaten wurden grundsätzlich in dem Verfahren verwendet, für welches die Erhebung angeordnet wurde, hier in dem Verfahren gegen Unbekannt wegen schweren Landfriedensbruchs. Unter Heranziehung des § 477 Abs. 2 Satz 2 StPO, welcher die Verwendung von Daten in anderen Ermittlungsverfahren regelt, wurden durch die Polizei die erhobenen Verkehrs- und Bestandsdaten in weiteren Strafverfahren, die nicht das Ausgangsverfahren zum Gegenstand haben, herangezogen und ausgewertet. Insbesondere betrifft dies 44 Verfahren wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (Verhinderung, Sprengung oder Vereitelung einer nichtverbotenen Versammlung gemäß § 21 VersG - Blockadeaktion am 19. Februar 2011 in Dresden, Fritz-Löffler-Straße), denen die SOKO 19/2 der Polizeidirektion Dresden neben den Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs nachging.

Die ersten Ermittlungsakten gegen Personen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz wurden am 4. Mai 2011 an die Staatsanwaltschaft Dresden mit anhängender Funkzellenauswertung übersandt. In diesem Zusammenhang bemerkte die Staatsanwaltschaft Dresden, dass die am 22. bzw. 23. Februar 2011 angeordnete Verkehrsdatenerhebung als Beweismittel zum Tatnachweis des Tatvorwurfes gemäß § 21 VersG von der Polizei herangezogen wurde und kam zu dem Schluss, dass die Daten im Zusammenhang mit diesem Tatvorwurf nicht herangezogen werden dürfen, da es sich nach Auffassung der Staatsanwaltschaft Dresden nicht um eine Straftat von erheblicher Bedeutung handelt. Diese Rechtsauffassung wurde der SOKO 19/2 mitgeteilt und gebeten, dies bei der weiteren Bearbeitung der Verfahren zu beachten. Zu diesem

Zeitpunkt waren allerdings in Verfahren gemäß § 21 VersG die erhobenen Daten verwertet worden.

In einem anderen Ermittlungsverfahren wurden vom Landeskriminalamt Sachsen 896.072 Verkehrsdatensätze erhoben, die 257.858 Telefonnummern enthielten. Bisher wurden 40.732 Bestandsdaten abgefragt.

Aus diesem Ermittlungsverfahren wurden Verkehrs- und auch Bestandsdatensätze an die SOKO 19/2 der Polizeidirektion Dresden übermittelt, da die in diesem Verfahren tatverdächtigen Personen auch als Tatverdächtige in den Fällen des schweren Landfriedensbruchs vom 19. Februar 2011 in Frage kommen könnten. Die der Polizeidirektion Dresden (Soko 19/2) übermittelten Daten wurden dort zwischenzeitlich wieder gelöscht.

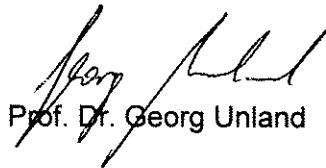
Sollten sich im Wege der Auswertung der Verkehrsdaten Hinweise auf Personen ergeben, die in den Schutzbereich des § 160a i. V. m. § 53 StPO fallen, erfolgt keine weitere Verwertung. Der Vorgang wird dann unverzüglich der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Für die Löschung gilt § 101 Abs. 8 StPO. Sind die durch die Maßnahme erlangten personenbezogenen Daten zur Strafverfolgung und für eine etwaige gerichtliche Überprüfung der Maßnahme nicht mehr erforderlich, so werden sie unverzüglich gelöscht. Die Löschung wird aktenkundig gemacht.

Im Weiteren beziehen sich die Fragen auf laufende Ermittlungsverfahren. Zum Sachstand laufender Ermittlungen gibt die Staatsregierung keine weitergehende Auskunft, um den Erfolg der Ermittlungen nicht zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung


Prof. Dr. Georg Unland